

MAGAZIN



Meinung

**Den Krieg abwenden,
den Frieden vorbereiten**

Friedenspolitik

Mehr Frieden wagen?

Im Gespräch

Graffiti-Künstlerin Laila Ajjawi

Thema

Die Gräueltaten beim Namen nennen

Was Sie in diesem Heft erwartet

4 In eigener Sache

5 Meinung

**Den Krieg abwenden,
den Frieden vorbereiten
Worauf es jetzt in der Ukraine-Krise
aus Sicht des forumZFD ankommt**



6 Friedenspolitik

**Mehr Frieden wagen?
Eine Bilanz nach rund 100 Tagen
Ampelkoalition**



10 Im Gespräch

**„Aufgeben‘ gehört nicht zu
meinem Wortschatz“
Graffiti-Künstlerin Laila Ajjawi**



14 Im Fokus

16 Thema

**Die Gräueltaten
beim Namen nennen
Leugnung von Kriegsverbrechen
in Bosnien und Herzegowina**



21 Nachrichten

22 Was uns Hoffnung macht

24 Rätsel & Rezept

26 Spenden

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zwölf weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutung.

Impressum

Herausgeber:
Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Petra Gramer, Emilia Ewald,
Hannah Sanders
Gestaltung: www.sonja-kleffner.de
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.000 Stück
Fotos ohne Angaben: © forumZFD



Zum Titel

Das Bild zeigt die Graffiti-Künstlerin Laila Ajjawi vor einem ihrer Wandgemälde in der jordanischen Stadt Irbid. Das Graffito „Frau auf der Suche nach Frieden“ entstand im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen Laila Ajjawi und unseren forumZFD-Kolleg*innen und Partnerorganisationen in dem nahöstlichen Land.

Jordanien liegt im Zentrum einer konfliktgeladenen Region und ist immer wieder Zufluchtsort: in früheren Jahrzehnten kamen vor allem Palästinenser*innen, derzeit suchen insbesondere Menschen aus Syrien Schutz. Die ohnehin knappen Ressourcen des Wüstenstaats werden dadurch stark beansprucht, die sozialen Spannungen nehmen zu. Frauen sehen sich einer weiteren Herausforderung gegenüber: Im Vergleich zu Männern sind sie deutlich häufiger arbeitslos und kaum in politischen Gremien vertreten.

Das forumZFD und seine Partnerorganisationen adressieren diese Missstände. In der gemeinsamen Arbeit mit Laila Ajjawi kamen jordanische und syrische Frauen zusammen und lernten, wie sie mit Hilfe von Street-Art, der Kunst im öffentlichen Raum, friedlich und deutlich sichtbar auf ihre Situation aufmerksam machen können.

Ein Interview mit Laila Ajjawi lesen Sie auf den Seiten 10 bis 13.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Arbeit an dieser Ausgabe des Magazins stand unter dem Eindruck einer drohenden Eskalation in der Ukraine und in der Sorge um Mitarbeitende und Partnerorganisationen im Land.

Auch die Spannungen in Bosnien-Herzegowina beunruhigen uns, droht eine Spaltung des Landes oder gar neue Gewalt 30 Jahre nach Beginn des Krieges? In einem ausführlichen Themenartikel erklären wir die Hintergründe der aktuellen Konfliktodynamik.

Was können wir angesichts der zahlreichen Bedrohungen für den Frieden von der neuen Bundesregierung erwarten? Wir ziehen auf vier Seiten eine erste Bilanz nach rund 100 Tagen Ampelkoalition.

Schlechte und bedrückende Nachrichten gehören leider zu unserer Arbeit. Dabei verlieren auch wir in der Redaktion manchmal den Blick für die kleinen Erfolge und positiven Veränderungen. Das wollen wir ändern und sammeln mit dieser Ausgabe beginnend auf einer Doppelseite Neuigkeiten, die uns Hoffnung machen. Lassen Sie uns gerne wissen, wie Ihnen diese neue Rubrik gefällt.

Es grüßt Sie herzlich



Christoph Bongard
Leiter Kommunikation & Politik

Ukraine: Friedensarbeit in Zeiten der Kriegsgefahr



Die Gefahr einer militärischen Eskalation in der Ukraine beschäftigt seit Wochen auch das Team des forumZFD, allen voran die Kolleg*innen vor Ort in den Büros in Kiew und Odessa. Die Sicherheit von und Fürsorge für unsere Mitarbeitenden steht dabei für uns an erster Stelle. Die aktuelle Kriegsgefahr ist für alle Menschen im Land eine schwere Belastung, das gilt auch für die Teams des forumZFD und ihre Partner*innen.

Die aktuelle geopolitische Konfrontation zwischen Russland und den NATO-Staaten erschwert eine Bearbeitung der lokalen und regionalen Konflikte in der Ukraine. Die Bemühungen um Vertrauensaufbau und Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und lokalen Behörden bei der Bearbeitung lokaler und regionaler Konflikte müssen verstärkt werden. Die Arbeit des forumZFD in der Region wird in Zukunft wichtiger denn je sein und langen Atem brauchen.

© Nadia Ganzhy, pixabay



Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

#friedenstarkmachen – unter diesem Motto haben wir im Bundestagswahljahr 2021 für ein Umdenken in der Politik und eine gewaltfreie Welt gearbeitet. Den vielen Menschen, die uns als Spender*innen und Aktivist*innen für den Frieden unterstützt haben, sagen wir herzlichen Dank!

Rund 570.000 Euro Spenden erhielten wir im vergangenen Jahr und konnten so erneut unser Spendenziel erreichen. Dies ist alles andere als selbstverständlich in einem Jahr, das mit der Pandemie und der Flutkatastrophe auch hierzulande Menschen schwer getroffen hat. Besonders bedanken wir uns heute auch bei unseren derzeit 842 Förderspender*innen, die mit einer regelmäßigen Spende kontinuierlich an unserer Seite sind.

In der zweiten Januarhälfte hatten wir die **Zuwendungsbestätigungen** für das Jahr 2021 verschickt. Bitte melden Sie sich bei uns, sollten Sie keine Post von uns erhalten haben: per E-Mail an kontakt@forumZFD.de oder per Telefon unter **0221 – 91 27 32-42**.



Sprechblasen: © www.freepik.com

Den Krieg abwenden, den Frieden vorbereiten

Worauf es jetzt in der Ukraine-Krise aus Sicht des forumZFD ankommt

Über 13.000 Todesopfer hat der Konflikt im Osten der Ukraine seit 2014 bereits gefordert, darunter etwa 3.300 Zivilist*innen. Mehr als drei Millionen Menschen sind aus den umkämpften Gebieten geflohen. Die meisten von ihnen, rund zwei Millionen, haben in anderen Teilen des Landes Schutz gesucht. Eine Ausweitung des Krieges würde viele Tausend weitere Opfer fordern und vor allem die Zivilbevölkerung treffen. Und jede militärische Eskalation wird neben dem menschlichen Leid schwere Belastungen für die Umwelt und das Klima bedeuten.

Darum gilt es die aktuelle Kriegsgefahr unbedingt abzuwenden, die andauernde Gewalt im Osten der Ukraine zu beenden sowie eine Beilegung der Konflikte in der Region zu erreichen und langfristig eine neue europäische Sicherheits- und Friedensordnung aufzubauen.

Auch die deutsche Bundesregierung kann einen Beitrag dazu leisten, eine militärische Eskalation des Konflikts zu verhindern, und sie sollte dafür alles tun, was zur Deeskalation beitragen kann. Waffenlieferungen an die Ukraine gehören aus Sicht des forumZFD nicht dazu. Damit würde die Bundesregierung nur vordergründig Entschlossenheit in dem Konflikt demonstrieren. Tatsächlich aber würde eine derartige Unterstützung weder militärisch einen entscheidenden Unterschied machen, noch wäre sie ein Beitrag zur dringend notwendigen Deeskalation.

Die Bundesregierung sollte ihr Engagement darauf konzentrieren, wie die Eskalationsspirale auf diplomatischer Ebene durchbrochen werden kann. Dazu hat eine Gruppe von Außen- und Sicherheitsexpert*innen bereits im Dezember vorgeschlagen, eine hochrangige Konferenz im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) einzuberufen, um die europäische Sicherheitsarchitektur wiederzubeleben. Damit säßen alle Beteiligten, von Vancouver bis Wladiwostok, an einem Tisch. Für die Dauer der Konferenz, so der Aufruf, sollten konkrete Schritte der Deeskalation im militärischen Bereich vereinbart und Sanktionen schrittweise reduziert werden.

Es ist dringend notwendig, jetzt mit derartigen Verhandlungen und vertrauensbildenden Maßnahmen auf Regierungsebene zu beginnen. Doch auch wenn es gelingt, die akute Kriegsgefahr abzuwenden, dürfen die Anstrengungen für Verständigung nicht nachlassen. Im Gegenteil: Wir müssen uns auf lange und mühsame Friedensarbeit in Europa vorbereiten.

Das gilt nicht nur für die Politik. Die Zivilgesellschaft, Medienschaffende, Kommunen und andere gesellschaftliche Multiplikator*innen sollten Verantwortung übernehmen. Wir können alle mehr tun, um Kriege in Europa zu verhindern.

Ein Beispiel: Deutschland pflegt und fördert den Jugend- und

Kulturaustausch ebenso wie den politischen Dialog in zahlreichen bilateralen Formaten sowohl mit Ländern wie Polen oder der Ukraine als auch mit Russland. Doch nur sehr selten kommen Menschen aus diesen Ländern gemeinsam ins Gespräch. Für eine europäische Friedensperspektive brauchen wir darum vielfältigere Dialogformate, die Menschen aus den genannten und weiteren Ländern häufiger an einen Tisch bringen.

Eine Aufgabe, die auch der Zivile Friedensdienst unterstützen könnte. Als forumZFD arbeiten wir bereits zusammen mit zivilgesellschaftlichen Partnern aus der Ukraine daran, die Gräben in der Gesellschaft zu überwinden, die durch die militärische Konfrontation vertieft werden. Die aktuelle Krise führt uns vor Augen, wie dringend wir beispielsweise einen Zivilen Friedensdienst in (Gesamt-)Europa brauchen, der Vertrauen aufbaut und Raum für substanziellen Dialog und den Abbau von Feindbildern zwischen den Gesellschaften schafft.

(Stand: 4. Februar 2022)





In einigen Gruppen der Friedensbewegung knallten im vergangenen November die Sektorken. Zu Recht. Denn mit dem Koalitionsvertrag konnten zwei langjährige Kampagnen Erfolge feiern: Die Ankündigung für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz ist ein wichtiges Etappenziel für die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ und viele andere, die sich unermüdlich für ein Verbot von Rüstungsexporten engagieren. Die Aktivist*innen der ICAN-Kampagne für ein Verbot von Atomwaffen wiederum dürfen für sich verbuchen, dass die Ampelregierung in Zukunft einen Beobachterstatus beim Atomwaffenverbotsvertrag einnehmen möchte – als erstes Land im Kreis der Atommächte und ihrer Verbündeten, die den Vertrag bisher boykottieren.

Unter dem Motto „Frieden stark machen“ forderten Aktivist*innen des forumZFD bei einer Großdemonstration in Berlin vor der Bundestagswahl von der nächsten Regierung mehr Einsatz für eine zivile Friedenspolitik ein.

Es liegt jedoch noch viel Arbeit vor allen Beteiligten in der neuen Bundesregierung und der Zivilgesellschaft. So warnt Jürgen Grässlin, Kampagnensprecher der „Aktion Aufschrei“, in einer ersten Reaktion, erst der genaue Inhalt eines Gesetzes zur Kontrolle von Rüstungsexporten werde darüber entscheiden, ob deutsche Waffenlieferungen an menschenrechtsverletzende Staaten und an Länder, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, tatsächlich ein Ende finden. Laut Mitteilungen der Bundesregierung im November wurden im Jahr 2021 mehr

Rüstungsexporte genehmigt als je zuvor. Hauptempfängerland ist ausgerechnet Ägypten, dessen Regierung und Militär zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgenommen werden und das sich aktiv am Krieg im Jemen beteiligt.

Einige Personalentscheidungen geben hier Anlass zu Optimismus. Mit dem bisherigen Europaabgeordneten Sven Giegold und der bisherigen abrüstungspolitischen Sprecherin der Grünen im Bundestag Katja Keul haben zwei profilierte Kritiker*innen von Rüstungsexporten wichtige Funktionen in der neuen Bundesregierung übernommen. Giegold ist als Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium auch für Rüstungsexporte zuständig, Keul bearbeitet das Thema als Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Der neue Bundesvorsitzende der Grünen, Omid Nouripour, forderte kurz vor seiner Wahl einen Stopp aller Rüstungsexporte an Ägypten.

Zum Beobachterstatus beim Atomwaffenverbotsvertrag merkt Simon Bödecker, Anti-Atomwaffen-Campaigner bei der forumZFD-Mitgliedsorganisation Ohne Rüstung Leben, kritisch an, dass die neue Bundesregierung gleichzeitig an der nuklearen Teilhabe festhält.

Weiter mehr fürs Militär?

Auch Militäreinsätze und weitere Aufrüstung werden von der neuen Regierung nicht grundsätzlich infrage gestellt. Die Koalitionsparteien ziehen noch keine Konsequenzen aus dem Scheitern des zwanzigjährigen Einsatzes in Afghanistan. Immerhin soll eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages für eine gründliche Aufarbeitung sorgen und Lehren für die Zukunft ziehen. Die Friedensforscherin Dr. Martina Fischer forderte in einer Diskussion des forumZFD, in diesem Rahmen auch grundsätzliche Fragen mit Blick auf Alternativen zur militärischen Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus zu diskutieren. Mit einem militärischen Tunnelblick sei auf Dauer nichts gewonnen.

Ganz konkret musste sich die neue Koalition am 28. Januar zum Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr verhalten. An diesem Tag verlängerte der Deutsche Bundestag das Mandat für den Einsatz im Irak, erstmals mit Stimmen der Grünen, die zu Oppositionszeiten bislang immer gegen diesen Einsatz votiert hatten. Auf ihre Forderung hin wurde das Mandat allerdings eingeschränkt und eine Verpflichtung zur Auswertung des Einsatzes ergänzt.

Ausbaufähig: Bekenntnis zur Zivilen Konfliktbearbeitung

Vor allem stellt sich die Frage: Wie steht die Ampelkoalition zu den Alternativen zu militärischen Einsätzen? Nur fünf magere Zeilen war den Koalitionsverhandler*innen die zivile Krisenprävention und Friedensförderung wert. Die zentralen Instrumente dieses Bereichs wie etwa der Zivile Friedensdienst, das Förderprogramm Zivik oder auch das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze wurden gar nicht erst benannt. Damit ist der Stellenwert auf den ersten Blick geringer als in den beiden letzten Koalitionsverträgen der Großen Koalitionen, die sich klarer zum Ausbau des Zivilen Friedensdienstes und anderer Programme bekannt hatten. Die Ampelkoalition will immerhin „Deutschlands Rolle bei der Entschärfung internationaler Krisen weiter ausbauen“ und verspricht entsprechende „Planziele“, um verlässlich und schnell Personal sowie finanzielle Mittel für zivile Krisenprävention bereitstellen zu können.

Der Zivile Friedensdienst ist dringend auf einen solchen planvollen Ausbau angewiesen. Darauf hatte das forumZFD zu Beginn der Koalitionsverhandlungen mit einem Offenen Brief an die Parteivorsitzenden und

Fotos S. 6-9: © Christian Mang

Mehr Frieden wagen?

Ein friedenspolitischer Ausblick nach rund 100 Tagen Ampelkoalition

von Christoph Bongard

Mehr Fortschritt wagen: Mit diesen großen Worten hatten SPD, Grüne und FDP im November ihren Koalitionsvertrag überschrieben. Aber kommt mit der neuen Bundesregierung auch ein neuer Aufbruch für die Friedenspolitik?

Anzeigen in Tageszeitungen hingewiesen. Die Klimakrise und die Corona-Pandemie werden in den nächsten Monaten und Jahren vielerorts weitere Konflikte verschärfen, warnten wir. Hinzu kommt, dass eine Reihe von Konflikten infolge der geopolitischen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen verschärft werden. Allen voran in der Ukraine. Auch im Westlichen Balkan, etwa in Bosnien-Herzegowina oder in der Sahelregion, sind die negativen Auswirkungen dieses Ringens externer Mächte um Einfluss spürbar. Darum braucht es in vielen Regionen eine Stärkung ziviler Friedenskräfte, die vor Ort zu Deeskalation, Dialog und Vertrauensbildung beitragen.

Farbe bekennen in Haushaltsverhandlungen

Im Frühjahr muss die neue Regierungskoalition Farbe bekennen, ob sie Deutschlands ziviles Engagement in Krisen und Konflikten nachhaltig ausbaut: Dann wird der Bundestag über den Haushalt für das Jahr 2022 und die Finanzplanung für die folgenden Jahre beraten und entscheiden. Immerhin hat sich die Koalition klar zur Zusage bekannt, mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen.



Die neue Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die bisherige Umweltministerin Svenja Schulze, hat zum Jahreswechsel auch schon eine nachhaltige gute Finanzierung des Entwicklungsetats eingefordert. Allerdings sollen die Mittel für humanitäre Hilfe, Entwicklung und Krisenprävention laut Koalitionsvertrag nur im gleichen Verhältnis steigen wie die Militärausgaben. Einen ‚Vorrang für zivil‘ wird es mit der Ampelkoalition damit eher nicht geben.

Zum Verhältnis ziviler und militärischer Mittel wird sich die neue Bundesregierung in der Nationalen Sicherheits-

strategie äußern müssen, die sie laut Koalitionsvertrag im ersten Jahr ihrer Amtszeit vorlegen will. Aus Sicht des forumZFD kommt es darauf an, dass die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ aus 2017 damit nicht noch mehr ins politische Abseits geraten, sondern im Gegenteil aufgewertet und bestenfalls weiterentwickelt werden.

Wenn Pläne auf Krisen treffen

Alle langfristigen Vorhaben und Strategien rückten angesichts der Krise um die Ukraine und die Konfrontation zwischen den NATO-Staaten und Russland schon sehr bald nach Amtsantritt in den Hintergrund. Die öffentliche Debatte konzentrierte sich schon nach kurzer Zeit auf die Frage, ob die Bundesregierung nun auch Waffen an die Ukraine liefere oder nicht. Der Verlauf der Diskussion ist leider typisch für die außen- und sicherheitspolitische Diskussionskultur in Deutschland. Wenn eine Krise in den Fokus der Öffentlichkeit rückt, dann erhalten differenziertere und um konkrete Schritte der Deeskalation bemühte Stimmen kaum noch Gehör. Dabei würden deutsche Waffenlieferungen militärisch in einer möglichen Konfrontation ukrainischer und russischer Truppen wohl kaum einen entscheidenden Unterschied machen. Es geht dabei vor allem um ein weiteres Zeichen der Solidarität – aus ukrainischer Sicht – und um die Zurschaustellung deutscher außenpolitischer Entschlossenheit und Stärke aus Sicht der deutschen Fürsprecher*innen.

Dringend notwendig wäre ein klares Bekenntnis der neuen Bundesregierung, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) politisch und finanziell zu stärken. Ihre Beobachtungsmission in der Ukraine hat laut jüngstem Bericht zwischen Juli 2019 und Oktober 2021 über 3.000 lokale Waffenruhen vermittelt. Die Organisation ist nicht nur chronisch unterfinanziert, sie wird auch von vielen Mitgliedsstaaten eher stiefmütterlich behandelt. Allen aktuellen Schwächen zum Trotz bleibt die OSZE der aussichtsreichste Anker für eine neue europäische Sicherheits- und Friedensordnung auf, die es langfristig hinzuarbeiten gilt.

Fortschritte in der Innenpolitik

Die klassische Trennung von Außen- und Innenpolitik gilt in Fachkreisen längst als überholt. Jüngstes Beispiel ist die dramatische Situation der Geflüchteten an der polnisch-belarussischen EU-Außengrenze: Aus innenpolitischem Kalkül heraus verweigern die EU-Mitgliedstaaten die Aufnahme weniger Tausend Geflüchteter, vor allem aus dem Nordirak, und machen sich damit erpressbar durch den belarussischen Diktator Lukaschenko.

Die neue Innenministerin Nancy Faeser schlägt in diesen Fragen einen anderen Ton an als ihr Vorgänger. Vor ihrem ersten Treffen mit den EU-Kolleg*innen kritisierte sie deutlich den Umgang mit Geflüchteten an der polnischen Grenze und forderte eine ‚Koalition der Willigen‘ zur Aufnahme der Geflüchteten. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus will sie zur Priorität machen. Gemeinsam mit ihrer Amtskollegin im Familienministerium Anne Spiegel wird sie den Entwurf für ein Demokratiefördergesetz vorlegen, in den auch das forumZFD große Hoffnung für die Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland setzt. Ob damit insbesondere der vom forumZFD mit unseren Partner*innen entwickelte Ansatz der Kommunalen Konfliktbearbeitung endlich weitere Verbreitung und Förderung findet, ist noch nicht gesichert. Das neue Gesetz zur Förderung der Demokratie soll unter breiter Beteiligung der Gesellschaft entwickelt werden, das forumZFD wird sich auf jeden Fall aktiv einbringen.

Zusammen mit zahlreichen Partner*innen hatte das forumZFD in einem „Aufruf für eine lebendige Demokratie“ anlässlich der Koalitionsverhandlungen von der neuen Regierung gefordert, in unserem Land mehr für eine Stärkung der Demokratie und eine aktive Konfliktbearbeitung in unserer Gesellschaft zu tun.

Politisches Einmischen muss möglich bleiben!

Ein anderes innenpolitisches Anliegen des forumZFD und vieler weiterer Organisationen war die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts. Was zunächst rein bürokratisch klingt, ist im Grund hochpolitisch. Es geht schlussendlich darum, dass auch Vereine sich politisch äußern dürfen, ohne ihren Status der Gemeinnützigkeit



zu riskieren. Bisher riskieren sowohl der Sportverein, der sich klar gegen Rassismus und Rechtsextremismus bekennt, ebenso wie eine Friedensorganisation wie das forumZFD, wenn sie nicht nur praktische Friedensprojekte durchführt, sondern sich auch politisch im Sinne einer zivilen Friedenspolitik einmischt, ihre Gemeinnützigkeit und damit den Zugang zu öffentlichen Fördermitteln und Spenden. Ein prominenter Fall der Vergangenheit ist das globalisierungskritische Netzwerk Attac, dem von Verwaltungsgerichten die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde. Die Ampelkoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag nun angekündigt, das Recht entsprechend zu modernisieren und den Katalog gemeinnütziger Zwecke zu erweitern.

Für das forumZFD ist dieses Vorhaben ein wichtiges Signal. Denn auch in den kommenden vier Jahren wird es starke Stimmen brauchen, die politisch mehr Engagement im Sinne einer zivilen Friedenspolitik einfordern. Von alleine wird die neue Bundesregierung in diesem Feld wohl eher nur zaghafte Fortschritte wagen.

Nicht noch mehr fürs Militär – Jetzt Zivilen Friedensdienst ausbauen!

Beteiligen Sie sich an unserer Postkartenaktion an die Spitzen der neuen Bundesregierung. Unterzeichnen Sie unseren Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz, Finanzminister Christian Lindner und Entwicklungsministerin Svenja Schulze.

Die neue Regierungskoalition wird schon im Frühjahr den Bundeshaushalt 2022 und die mittelfristige Finanzplanung für die nächsten Jahre vorlegen und mit ihrer Mehrheit im Deutschen Bundestag beschließen.

Jetzt ist die Zeit für die richtigen friedenspolitischen Weichenstellungen. Wer „Deutschlands Rolle bei der Entschärfung internationaler Krisen ausbauen“ will (Koalitionsvertrag), der muss jetzt mehr in zivile Friedenskräfte investieren.

Senden Sie die beiliegende Postkarte bis 31. März 2022 zurück an das forumZFD.

Mitmachen und Aktionspostkarten nachbestellen:
telefonisch unter: **0221 – 91 27 32-0**
per E-Mail an: **kontakt@forumZFD.de**
online unter: **www.forumZFD.de/aktionspostkarte2022**





„Frau auf der Suche nach Frieden“ (2021, Irbid)

„Die ‚Frau auf der Suche nach Frieden‘ ist eine typische jordanische Frau mit Falten, ein paar grauen Haaren und einem Schleier, mit der sich sowohl Hijab-tragende Frauen als auch Frauen, die kein Kopftuch tragen, identifizieren können. Die Rose steht für das Leben, sie ist orange gehalten, der Farbe der weltweiten Kampagne ‚16 Days of Activism‘ zur Stärkung von Frauen. Die Dornen symbolisieren die Hindernisse und Probleme, vor denen Frauen stehen. Die Friedenstaube markiert das Ziel auf dem Weg der Frauen in eine Welt, in der sie sicher und gleichberechtigt leben können. Zufriedene, glückliche Frauen bereiten den Boden für glückliche Familien und eine friedliche, tolerante Gesellschaft. Das Bild hat einen dunklen Hintergrund, aus dem wir Frauen heraus und ins Licht treten müssen.“

„Aufgeben‘ gehört nicht zu meinem Wortschatz“

Die Graffiti-Künstlerin Laila Ajjawi im forumZFD-Interview

Liebe Frau Ajjawi, in den sozialen Medien sind Sie sehr aktiv und nennen sich „Aktivistin, Graffiti-Künstlerin und Mutter“. Auf den meistens Fotos sieht man Sie mit einem entschlossenen Blick und einer Atemschutzmaske – welche Botschaft möchten Sie in die Welt senden?

Es ist mir tatsächlich gar nicht so leichtgefallen, mich selbst so zu beschreiben. Die Begriffe reflektieren, wie meine Umgebung mich wahrnimmt, wie ich in den Medien dargestellt werde, und schließlich auch das Ergebnis meines Selbstfindungsprozesses. Die Bezeichnung „Mutter“ ist vor allem eine Selbstvergewisserung. Viele Frauen zweifeln, ob sie berufstätig, gar eine

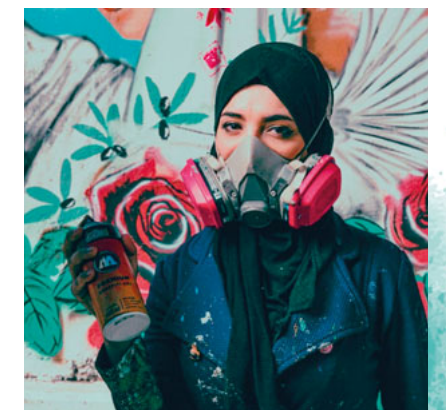
Aktivistin, und gleichzeitig eine gute Mutter sein können. Ich bin mir bewusst, welche Kraft es kostet, ein Kind großzuziehen. Es ist eine große Verantwortung, besonders unter den aktuellen Umständen. Gleichzeitig signalisiert der Begriff aber natürlich auch den Menschen, die mit mir arbeiten: Passt auf, es gibt in meinem Leben noch andere Prioritäten und meine Verfügbarkeit ist begrenzt. Diese Offenheit ist hoffentlich auch ermutigend für andere Mütter.

Können Sie unseren Leser*innen ein wenig von der Geschichte Ihrer Familie erzählen, die – wie wir vermuten – stellvertretend steht für die vieler palästinensischer Familien in Jordanien?

Meine Familiengeschichte auf beiden Seiten ist traurig und tragisch. Meine Mutter war noch ein Kleinkind, als ihre Familie 1948 Haifa verließ. Sie flohen mitten in der Nacht vor den Israelis. Es gab viele Massaker in dieser Zeit, teilweise wurden ganze Dörfer ausgelöscht. Meine Mutter erzählte mir, dass ihre Eltern kurz davor waren, sie in den Jordan, den Grenzfluss, zu werfen, da sie nicht aufhörte zu weinen und sie Angst hatten, deswegen entdeckt zu werden. Ich war fassungslos, als ich diese Geschichte hörte. ▶

Die Graffiti-Künstlerin und Aktivistin Laila Ajjawi wuchs in dritter Generation in Camp Irbid auf, einem der größten von den UN errichteten Lagern für palästinensische Geflüchtete in Jordanien. Ihre Familie verschuldete sich, um Laila und ihren Geschwistern eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Laila studierte Biomedizinische Physik an der Yarmouk Universität in Irbid. Als Reaktion auf die humanitäre Katastrophe in Syrien entschloss sie sich zu einer beruflichen Neuorientierung und arbeitete bis zur Geburt ihres Sohnes für eine Hilfsorganisation. Mit ihrer Graffiti-Kunst macht Laila auf die Situation vieler Frauen im Nahen Osten aufmerksam und gibt Workshops und Kurse für Mädchen und Frauen, unter anderem auch in Projekten des forumZFD. Die auf diesen Seiten gezeigten Wandgemälde sind von besonderer Bedeutung für Laila.

Fotos S. 10-13: © Naser Abu-Teen



Die Familie meines Vaters musste ihre Heimatstadt Besan-Bet She'an ebenfalls 1948 verlassen. Mein Vater war eines von zwölf Kindern, die Familie hatte praktisch keinerlei finanzielle Ressourcen, da sie bei ihrer Flucht alles zurückgelassen hatten in der Hoffnung, bald zurückkehren zu können. Mit der Zeit bauten sie sich in Camp Irbid etwas auf: Ihr Zelt wurde zu einer Lehmhütte, diese schließlich zu einem Haus aus Zement. Als ich geboren wurde, lebte die Familie noch in einer feuchten, dunklen Einraumwohnung. Ich erinnere mich, dass meine Mutter Kindern Privatunterricht gab, damit wir ein zweites Einkommen hatten.

Mein Vater arbeitete auf dem Bau, ohne Lebens- und Krankenversicherung. Während des Winters war er arbeitslos, so dass sich meine Eltern Geld leihen mussten, um diese Zeit zu überstehen.

Gerade fluten die Erinnerungen durch meinen Kopf. Ich bin stolz auf meine Eltern – sie haben aus dem Nichts etwas geschaffen! Sie sorgten dafür, dass wir Kinder eine gute Bildung erhielten und studieren konnten. Vier Töchter waren an der Uni, ein Sohn hat eine Ausbildung und mein jüngster Bruder ist 17 und bereits ein guter Fußballer. Aus diesem und weiteren Gründen gehört der Begriff „aufgeben“ nicht zu meinem Wortschatz.

Welche Erlebnisse haben Sie besonders geprägt?

Im Camp Irbid aufzuwachsen, war nicht leicht. Die Schule war mein Lebensinhalt und ich habe die „Außenwelt“ das erste Mal gesehen, als ich an die Uni gegangen bin. Das Camp war ein sehr überfüllter Ort, wo es wenig bis gar keine Privatsphäre gab, es war immer laut. Dennoch haben wir als Kinder alle typischen Spiele gespielt und uns Abenteuer ausgedacht. Ich hatte immer Haustiere, um die ich mich kümmern konnte, und hatte viele Freund*innen. Natürlich gab es auch schlimme Momente des Mobbing in der Schule oder in der Nachbarschaft für mich als Mädchen. Aber ich habe die Hoffnung nie aufgegeben und habe mich durchgebissen.

„Look at my mind“ (2014, Amman)

„Für dieses Wandgemälde habe ich erstmals von einem Kran aus gearbeitet. Ich liebe das Bild, denn es war eine riesige Herausforderung. Ich musste einige Ängste und Zweifel überwinden und wusste gleichzeitig: Jetzt oder nie! „Look at my mind“ – „Schau auf meinen Verstand“ – adressiert die Sexualisierung und Objektivierung von Frauen. Es soll sowohl Männer als auch Frauen einladen, innere Schönheit zu wertschätzen, bei sich und anderen.“

Was hat Sie schließlich politisiert?

Ich habe es lange Zeit nicht gewagt, politische Positionen zu äußern, es gab aus meiner Sicht keine wirkliche Meinungsfreiheit. Welche Ansichten man hat, entscheidet darüber, ob man bestimmte Chancen erhält oder eben nicht. Am meisten ärgert mich jedoch die soziale Lage des Landes als Ergebnis politischen Handelns. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer, und es ist sehr hart, als Palästinenser*in frei zu leben. Offen zu zeigen, dass man aus Palästina kommt, heißt, sich der Gefahr von Mobbing und Rassismus auszusetzen. In der Schule und an der Uni wurde ich oft angefeindet und habe irgendwann aufgehört, meine wahre Identität außerhalb des Camps zu offenbaren. Ich habe viele Freund*innen, die gezwungen waren, die Schule zu verlassen, oder die nicht die Möglichkeit erhielten, zur Uni zu gehen. Sie wurden in jungen Jahren zwangsverheiratet. All diese Erinnerungen und Geschichten sind immer bei mir und kommen in meinen Wandgemälden zum Ausdruck.

Sie haben mit unseren Kolleg*innen in Jordanien gearbeitet und jungen Frauen aus Syrien und Jordanien gezeigt, wie sie sich mithilfe der Kunst ausdrücken können. Wie haben Sie diese Arbeit wahrgenommen?

Mit dem forumZFD zu arbeiten, war ein unglaubliches Gefühl. Das Team ist großartig. Sie nehmen die ganz realen Probleme von Frauen in

Jordanien in den Blick und zeigen auf, wo deren Rechte nachweisbar ganz konkret verletzt werden. Gemeinsam haben wir uns an der Umsetzung der Kampagne „16 Days of Activism“ (internationale Kampagne zur Stärkung von Frauen, Anm. d. Red.) beteiligt. Das Anliegen einer weltweiten Bewegung in konkretes Handeln vor Ort zu übersetzen, war toll! Die Frauen diskutierten ihre Situation, ihre Gefühle und Gedanken flossen in die finale Gestaltung meines Graffiti und haben es zu einem echten Hingucker werden lassen.

Wann haben Sie gemerkt, dass Sie ein großes künstlerisches Talent haben? War Ihre Kunst immer feministisch und politisch?

Ich erinnere mich gut daran, dass ich schon als kleines Kind immer und überall gezeichnet habe. Mein Onkel war ebenfalls Künstler, und ich habe es geliebt, mit den Farben zu experimentieren, als er nicht hinsah. Während meiner Gymnasialzeit habe ich das erste Mal Geld für meine Kunst erhalten, damals für ein Graffiti in einem Kindergarten. Zu meinem Beruf wollte ich die Kunst aber zunächst gar nicht machen, studiert habe ich Biomedizinische Physik.

Irgendwann habe ich aber immer häufiger den Kontakt zu anderen Künstler*innen gesucht und mir mit Hilfe von Büchern und dem Internet viel selbst beigebracht. Als ich schließlich finanziell unabhängig wurde, haben sich feministische und aktivistische Ideen in meiner Kunst immer mehr durchgesetzt. Viele Freund*innen sagen mir, dass die Frauen in meinen Wandgemälden mir ähnlich sind – das war sicher nicht meine Absicht, hat sich aber anscheinend automatisch so entwickelt. Ich finde es toll, Teil einer weltweiten Gemeinschaft von Graffiti-Künstlerinnen zu sein und unsere einheimischen jungen Frauen in diese Welt einzuführen, damit sie mit den Stereotypen des arabischen Mädchens brechen.



„Die starke, selbstbewusste Frau mit der Vase symbolisiert unsere Ursprünge, die Wurzeln unseres Landes. Frauen schenken Leben, sie haben eine entscheidende Rolle in der Gesellschaft. Heilige Ölzweige wachsen aus der Vase empor und enden in einem Haarkranz, wie er typisch war in Jordanien während der römischen Zeit. Die Galaxien im schwarzen Haar der Frau stehen für Gedanken, die keine Grenzen kennen. Die traditionelle Kleidung wiederum symbolisiert Ursprung, Erbe, Herkunft. Die zweite Frau steht stellvertretend für alle Mütter und Großmütter. Die Blume in ihrer Hand symbolisiert die Schönheit unseres Landes und seiner Menschen. Ein älterer und ein jüngerer Mann komplettieren die Gemeinschaft an der Seite der Frauen. Die Alten geben ihre Werte an die Jungen weiter. Die Taube erinnert uns daran, dass wir Frieden brauchen. Ich strebe nach Gleichberechtigung, nach einer ausgeglichenen, toleranten Gesellschaft.“

Sie sind stark und selbstbewusst und können anderen ein Vorbild sein, statt die Opferrolle einzunehmen oder sexualisiert zu werden.

Was möchten Sie unbedingt noch für sich selbst und die Frauen in Jordanien erreichen?

Ich möchte Frauen in Jordanien mit Hilfe der Kunst stärken, sie sollen als gleichwertig anerkannt werden. Daher beziehe ich auch immer Männer in meine Arbeit mit ein. Meine Kunst hat die klare Botschaft von Toleranz und Frieden – und vom Glauben an sich selbst. Ich ermutige

Frauen, sich in Street-Art, der Kunst im öffentlichen Raum, auszuprobieren und mit Stereotypen zu brechen. Wenn du etwas innig liebst, probiere es aus und kämpfe dafür. Du musst dein Umfeld von dir überzeugen. Ich selbst möchte weitere Graffiti in meiner Nachbarschaft gestalten und hoffe, dabei nicht behindert zu werden. Schon viel zu oft wurde ich in meiner Kunst eingeschränkt. Außerdem möchte ich vollständig von meiner Kunst leben können. Ich hoffe, ich kann eines Tages frei und ohne Druck malen.

Das Interview führte Marisa Magull. ■

GERECHTIGKEIT



Gerade noch hatte Fadwa Mahmoud mit ihrem Sohn telefoniert. Zu Hause bereitete sie das Mittagessen zu und wartete auf ihn und ihren Mann. Doch auf einmal waren beide verschwunden. Spurlos. 2012 wurden sie in Syrien verhaftet. Bis heute weiß Fadwa Mahmoud nicht, wo ihr Mann und ihr Sohn sind und wie es ihnen geht. So wie ihr geht es unzähligen Angehörigen. Gemeinsam fordern sie Aufklärung und Gerechtigkeit, so auch bei dieser Protestaktion der Organisation „Families for Freedom“ in Berlin.

Mit symbolischen Telefonen riefen sie die Regierenden weltweit zum Handeln auf.

Und es gibt kleine Hoffnungsschimmer: Anfang dieses Jahres verurteilte das Oberlandesgericht Koblenz den ehemaligen Vernehmungschef eines syrischen Folter-Gefängnisses zu lebenslanger Haft. Es war das weltweit erste Verfahren dieser Art. Ein erster Schritt auf dem langen Weg Richtung Gerechtigkeit. ■



Die Wunden des Kriegs sind noch lange nicht verheilt: Am 20. Jahrestag des Völkermords von Srebrenica trauert eine junge Frau an den Gräbern der Ermordeten.

Seit über 25 Jahren schweigen die Waffen, doch noch immer ist das Land von echter gesellschaftlicher Versöhnung weit entfernt. Graffiti huldigen Kriegsverbrecher*innen, sogar Todesdrohungen werden an Wände geschmiert, und führende Politiker*innen leugnen öffentlich Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ein neuer Erlass stellt solche Äußerungen nun unter Strafe. Doch Gesetze allein machen noch keinen Frieden.

Droht in Bosnien-Herzegowina ein neuer Krieg? Diesen Eindruck könnte man bekommen, wenn man dieser Tage die öffentliche Debatte im Land verfolgt. Eine solche Frage erscheint dramatisch, aber zur Erinnerung: Als der Krieg vor 30 Jahren begann, brachte er Gräueltaten unvorstellbaren Ausmaßes mit sich. Unzählige Menschen wurden ermordet, vertrieben, gefoltert, vergewaltigt oder sind bis heute spurlos verschwunden. Die Erinnerungen daran sind vielen Menschen noch deutlich im Gedächtnis und die Folgen der Gewalt prägen den Alltag nach wie vor. Wie also ist das Land so weit gekommen, dass erneut das Wort „Krieg“ die Runde macht?

Der bewaffnete Konflikt wurde im Dezember 1995 mit dem sogenannten Abkommen von Dayton beendet. Seitdem hat sich ein ‚negativer‘ Frieden über das Land gelegt: Zwar schweigen die Waffen, doch die ethnische Diskriminierung hält an und bis heute ist die Verherrlichung und Leugnung von Kriegsverbrechen allgegenwärtig. Umstrittene und einseitige Auslegungen historischer Tatsachen finden immer mehr Verbreitung, obwohl die Fakten akribisch dokumen-

tiert und längst in Gerichtsurteilen bestätigt sind. In der öffentlichen Debatte werden derartige Aussagen normalisiert und sorgen für Spannungen in allen Bereichen der Nachkriegsgesellschaft.

In Gradiška, einer Kleinstadt in der serbisch geprägten Teilrepublik Republika Srpska, blickt ein Mann in tarnfarbener Uniform von einer Hauswand herab auf die vorbeiziehenden Passant*innen. Alle hier kennen dieses Gesicht: Es ist Ratko Mladić, Oberbefehlshaber der Armee der Republika Srpska während des Bosnienkriegs und ein verurteilter Kriegsverbrecher. 2017 befand ihn der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag in mehreren Anklagepunkten für schuldig, darunter Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen

gegen die Menschlichkeit. Davon völlig unbeeindruckt zeigt ihn ein weiteres Wandgemälde in seinem Heimatort Kalinovik mit der Überschrift: „Stadt der Helden“.

Historische Tatsachen werden bestritten

„Wir sind in einer Situation angelangt, in der Kriegsverbrechen gefeiert und die Täter*innen verherrlicht werden“, sagt die unabhängige politische Beobachterin Tanja Topić, die selbst aus der Republika Srpska stammt. „Anstatt dass juristische Verantwortung für die Taten übernommen wird, beobachten wir die Verleugnung und Relativierung solcher Verbrechen und – was noch gefährlicher ist – Revisionismus.“ Es gibt viele Beispiele, wie historische Tatsachen verdreht oder im Sinne der eigenen politischen Agenda umgedeutet werden. Sogar Gräueltaten wie der Völkermord von Srebrenica werden bestritten. Unter dem Kommando von Ratko Mladić ermordeten die Polizei- und Militärkräfte der Republika Srpska im Juli 1995 über 8.000 bosniakische Männer und Jungen, und vertrieben etwa 25.000 Frauen, Kinder und ältere Menschen. Eine Studie des „Memorial Center Srebrenica“ aus dem letzten Jahr untersuchte die aktuelle Medienberichterstattung in Bosnien und Herzegowina und den benachbarten Staaten und listete 234 Fälle auf, in denen die Verbrechen geleugnet oder verharmlost wurden. Die Studie benannte auch die Verantwortlichen: Viele derjenigen, die ihre eigenen Versionen der Geschehnisse in Srebrenica verbreiten, sind in der Politik aktiv, einschließlich früherer und derzeitiger Amtsträger*innen.

An der Spitze dieser unrühmlichen Liste steht Milorad Dodik, Vorsitzender der serbisch-nationalistischen Partei SNSD und derzeit Mitglied im dreiköpfigen Staatspräsidium, dem gemeinsamen Staatsoberhaupt von Bosnien und Herzegowina, das sich aus je eine*r Vertreter*in der bosniakischen, serbischen und kroatischen Bevölkerungsgruppen zusammensetzt. Dodik hat den Völkermord von Srebrenica bereits mehrfach als „fabrizierten Mythos“ bezeichnet. Es ist nicht das erste Mal, dass er Kriegsverbrechen öffentlich leugnet. Im Jahr 2016, damals noch als Premierminister der Republika Srpska, hielt er eine Rede bei der Einweihung eines Studierendenwohnheims. ▶

© picture alliance, REUTERS, DADO RUVIC

Die Gräueltaten beim Namen nennen

In Bosnien und Herzegowina ist die Leugnung von Kriegsverbrechen allgegenwärtig

von Hannah Sanders



In der serbischen Hauptstadt Belgrad schmeißt eine Frau Eier auf ein Wandbild, das den verurteilten Kriegsverbrecher Ratko Mladić zeigt.

Das Gebäude wurde nach dem verurteilten Kriegsverbrecher Radovan Karadžić benannt. In seiner Rede sagte Dodik: „Wir widmen diesen Ort dem Mann, der zweifellos den Grundstein für die Republika Srpska gelegt hat – Radovan Karadžić, dem ersten Präsidenten dieser Republik.“ Eine Gedenktafel mit Karadžićs Namen wurde erst Jahre später von dem Gebäude entfernt.

Traumata immer wieder durchleben

Die Leugnung der Kriegsgräuere hat viele Gesichter in Bosnien und Herzegowina: von Behauptungen, solche Taten hätten gar nicht stattgefunden, über die Relativierungen der Opferzahlen bis hin zu Verschwörungsmysen und „alternativen Fakten“. In einigen Fällen wird die bloße Anerkennung solcher Verbrechen oder das Gedenken an die Opfer als Aggression gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen interpretiert.

Der Menschenrechtsaktivistin Štefica Galić zufolge zeigt sich der problematische Umgang mit der Vergangenheit besonders deutlich in der Republika Srpska sowie im Westen der Region Herzegowina und in Teilen der Nachbarstaaten Serbien und Kroatien. Überall im öffentlichen Raum finden sich hier Wandbilder von Kriegsverbrecher*innen, verbotene Fahnen, Wappen und andere Kriegssymbole. Nationalistische Politiker*innen und Regierungsmitglieder von beiden Seiten der Grenzen versammeln sich an umstrittenen Jahrestagen, etwa zur Feier der „Kroatischen Republik Herceg-Bosna“, einem Zusammenschluss mehrheitlich kroatischer Regionen während des Bosnienkriegs, der vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag als „kriminelles Unternehmen“ eingestuft wurde.

Für die Überlebenden des Krieges, die Angehörigen der Opfer und zurückgekehrte Vertriebene bedeuten solche

Symbole und Gedenkfeiern, dass sie tagtäglich mit der Verherrlichung verurteilter Straftäter*innen konfrontiert werden. Wieder und wieder durchleben sie ihre Traumata, und die Furcht vor neuen Aggressionen ist ständig präsent. Geschürt auch von solchen Vorfällen: „Die Hölle wird kommen und das Wasser der Drina wird sich blutig färben“, sangen Angehörige eines nationalistischen serbischen Vereins im März 2020 bei einer Versammlung.

Können Änderungen am Strafgesetzbuch helfen?

Die Situation erreichte ein derartiges Ausmaß, dass sich im Juli 2021 der damalige Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Valentin Inzko, der die Umsetzung des Dayton-Abkommens überwacht, zum Handeln



Der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Valentin Inzko, erließ im Juli 2021 Änderungen am Strafgesetzbuch.

genötigt sah: Er erließ Änderungen am Strafgesetzbuch, welche die Leugnung von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe stellten. Seitdem ist es landesweit untersagt, rechtskräftig verurteilte Gräueltaten in irgendeiner Form zu leugnen, zu rechtfertigen, zu trivialisieren oder Täter*innen zu verherrlichen. Inzko betonte, er sei diesen Schritt nur deshalb gegangen, da vorherige Anläufe im regulären Gesetzgebungsverfahren gescheitert seien: „Die Bürger*innen von Bosnien und Herzegowina haben viele Jahre darauf gewartet, dass ihre gewählten Abgeordneten dieses sehr ernste Thema gesetzlich regeln. Jedoch wurden alle bisherigen Versuche blockiert.“

Die Menschenrechtsaktivistin Štefica Galić sagt, das Eingreifen des Hohen Repräsentanten sei notwendig gewesen, „da die Urteile des Internationalen Strafgerichtshofs beharrlich geleugnet werden. Kriegsverbrecher*innen werden als Held*innen verehrt und das wird auch noch als patriotischer Akt betrachtet. Der Staat ist gelähmt in einem eingefrorenen Konflikt und der konstanten Furcht vor neuen Auseinandersetzungen. Es gibt kein Mitgefühl für die Opfer der anderen, keine Verurteilung der eigenen Verbrechen. Die Situation ist unerträglich geworden.“

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Opferverbände begrüßten den Schritt des Hohen Repräsentanten, äußerten aber gleichzeitig Kritik, dieser sei viel zu spät erfolgt – buchstäblich drei Tage vor dem Ende seiner zwölfjährigen Amtszeit. Schon lange zuvor hatten Aktivist*innen, Nichtregierungsorganisationen und auch Stimmen aus der internationalen Gemeinschaft die Politik des Landes ebenso wie den Hohen Repräsentanten zum Handeln aufgefordert. Das forumZFD hatte sich gemeinsam mit TRIAL International seit 2019 für eine gesetzliche Regelung eingesetzt und unter anderem öffentliche Diskussionen zum Thema veranstaltet. Ljiljana Sinić, Landesdirektorin des forumZFD, hob mit Blick auf die nun verabschiedete Regelung hervor, dass sich diese nicht gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe richte. Vielmehr seien die Vorschriften ethnisch neutral und sollten gleichermaßen in allen Fällen zur Anwendung kommen, in denen gerichtlich bestätigte Verbrechen geleugnet oder verurteilte Kriminelle verherrlicht würden.

Politische Blockaden und Drohungen

Diese Sichtweise teilen jedoch nicht alle. Besonders in der Republika Srpska trafen die Änderungen auf heftigen Widerspruch. Der Parteivorsitzende Milorad Dodik nannte sie ein „Gesetz gegen die Serb*innen“, womit er nahelegte, damit würde einer bestimmten ethnischen Gruppe die kollektive Schuld für die Verbrechen zugeschrieben. Abgeordnete der Republika Srpska begannen eine Blockade der staatlichen Institutionen: Sie nahmen nicht mehr an Treffen teil und verhinderten jegliche Diskussionen und

Beschlussfassungen. Zugleich verbreitete sich im Land ein Gerede vom „Anfang des Krieges“.

Schon bald griff der Konflikt von der politischen Ebene auf die lokalen Kommunen über: In Prijedor zum Beispiel, Schauplatz einiger der brutalsten Verbrechen während des Krieges, erschienen Ende letzten Jahres an öffentlichen Orten zahlreiche Wandbilder von Ratko Mladić und faschistische Symbole wie Hakenkreuze. Einen Tag vor Weihnachten bedrohte eine Schmiererei unverblümt Menschen muslimischen Glaubens: „[Er] rennt über das Feld, ich fange ihn und schlachte ihn ab“ (Anm. d. Red.: Im Original verwendete das Graffito eine abwertende Bezeichnung für junge Muslime, die wir hier nicht wiederholen).

Trotz der angespannten Lage im Land fiel die Reaktion der internationalen Gemeinschaft verhalten aus, einschließlich der Stimmen aus der Europäischen Union und des neuen Hohen Repräsentanten, Christian Schmidt. Der frühere deutsche Landwirtschaftsminister trat seinen Posten im August 2021 an und zog zum Jahresende öffentlich in Betracht, die von seinem Vorgänger erlassenen Änderungen am Strafgesetzbuch wieder zurückzuziehen unter der Bedingung, dass der Gesetzgeber eine eigene Regelung erlasse. ▶

Das forumZFD und die Menschenrechtsorganisation TRIAL International fordern bereits seit Längerem, die Leugnung von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe zu stellen. 2020 stellten sie in Sarajevo dazu eine Studie vor.





© UN Photo, John Isaac

Sarajevo im Jahr 1992:
Diese Häuser nahe des Flughafens
sind durch die Kämpfe beschädigt.

Die politische Beobachterin Tanja Topić aus der Republika Srpska hält dies für einen höchst gefährlichen Weg: „Die Änderungen wieder auf den Verhandlungstisch zu legen, im Sinne eines Zugeständnisses an die ethnisch-nationalistischen Kräfte, wäre ein Rückschritt und ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die über Jahre dafür gekämpft haben, diese Gesellschaft zu mehr Höflichkeit und Offenheit im Umgang mit der Vergangenheit zu bringen. Die Rücknahme der Änderungen wäre das schlimmste Signal und würde den Zusammenbruch aller europäischen Werte bedeuten, die in Bosnien und Herzegowina vorangetrieben werden sollen.“

Wenn die Entscheidung in den parlamentarischen Gesetzgebungsprozess zurückgereicht werde, bestünde ein beträchtliches Risiko, dass neu verhandelte Regelungen unzureichend ausfielen, so Topić. Schließlich hätten vier frühere Versuche auf staatlicher Ebene keinen Erfolg gebracht – mangels politischem Willen.

Alles nur ein Machtspiel?

Bosnien und Herzegowina steckt in einer tiefen Krise, das Wort „Krieg“ macht die Runde. Manche Beobachter*innen halten dieses Getöse für eine gezielte Manipulation, eine politische Angstmacherei vor den anstehenden Wahlen. Schließlich hätten gerade nationalistische Kräfte ihre Macht darauf aufgebaut, Hass zwischen den Bevölkerungsgruppen zu schüren. In dieser Interpretation sind beispielsweise Abspaltungsdrohungen seitens der Republika Srpska nichts anderes als ein Erpressungsversuch, um andere politische Ziele durchzusetzen. „Niemand hier will Krieg, nicht einmal die, die danach rufen“, versichert eine Beobachterin.

Und dennoch: Die Furcht, die solche Machtspiele bei den kriegstraumatisierten Menschen erzeugt, ist real.

Allerdings wäre es falsch, anzunehmen, dass gesetzliche Regelungen allein für Frieden und Vertrauensaufbau sorgen könnten: Zusätzlich brauche es ernsthafte Anstrengungen auf gesellschaftlicher Ebene, sind sich Tanja Topić und Štefica Galić einig. Dies schließe eine Reform des Bildungssystems ein, ebenso wie eine verantwortungsvolle Berichterstattung der Medien sowie Maßnahmen zur Eindämmung von Hassrede in sozialen Netzwerken. Es bleibt also noch viel Arbeit auf dem Weg zu einem echten Frieden in Bosnien und Herzegowina. ■



© UN Photo, John Isaac

„Make love, not war“, fordert ein
Schild aus dem Jahr 1992 vor einem
Haus in der bosnisch-kroatischen
Grenzstadt Kostajnica. Die Bot-
schaft ist auch heute noch aktuell.

Heißes Klima, heiße Konflikte

Gefährdet die Erderwärmung den Frieden? Das war Thema in einem Online-Gespräch, zu dem das forumZFD im Dezember letzten Jahres eingeladen hatte. Rund 100 Zuschauende schalteten ein.

Zu Beginn erklärte Stefanie Wesch vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, dass inzwischen viele Studien einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Konflikten belegten: „Klima ist ein Faktor, da ist sich die Wissenschaft einig.“ Zum Beispiel könne klimabedingte Migration zur Eskalation von sozialen oder politischen Problemen in den Aufnahmegebieten beitragen. Allerdings seien die Wechsel-

wirkungen zwischen verschiedenen Konfliktfaktoren sehr komplex und die Forschung hierzu müsse noch vertieft werden, so Wesch.

Ein weiteres Beispiel, wie der Klimawandel Konflikte verschärfen kann, sind knapper werdende Ressourcen. Noé Müller-Rowold arbeitet als Programm-Koordinator des Zivilen Friedensdienstes für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit im Niger und in Benin. Dort ziehen Viehzüchter*innen aus den nördlichen Landesteilen traditionell während der Trockenzeit in die fruchtbareren, südlichen Gebiete. Dies führt zu Spannungen mit Landwirt*innen, etwa wenn das



Vieh auf noch nicht abgeernteten Feldern grast.

Diese Konflikte könnten sich in Zukunft weiter verschärfen, erklärte Müller-Rowold: „Die Tatsache, dass die Lebensgrundlage dieser Menschen zu fast einhundert Prozent mit diesen natürlichen Ressourcen zusammenhängt, potenziert die Auswirkungen des Klimawandels auf die Region.“ Um friedliche Lösungen für die Nutzung von Wasserquellen und Weideland zu finden, setzen sich lokale Organisationen unter anderem für einen Dialog zwischen den beteiligten Gruppen ein. Die Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes unterstützen sie dabei.

Auch auf der Ebene der internationalen Politik sei noch viel zu tun, um zu verhindern, dass der Klimawandel weltweit Konflikte anheize, betonte Vera Künzel. Die Referentin von Germanwatch hatte am UN-Klimagipfel im November 2021 in Glasgow teilgenommen und zeigte sich enttäuscht von den Ergebnissen. Die Industriestaaten hätten keine verbindlichen Zusagen gemacht, um ärmere Länder beim Wiederaufbau nach klimabedingten Katastrophen finanziell zu unterstützen: „Die internationale Gemeinschaft hat dabei versagt, angemessene und vor allem bedarfsgerechte Unterstützung für die betroffenen Länder – die in der Regel am allerwenigsten zum Klimawandel beigetragen haben – bereitzustellen. Das ist ein Punkt, der mich persönlich sehr frustriert.“

Das Video der Veranstaltung können Sie hier anschauen:

www.youtube.de/forumZFD/videos ■



„Frieden verbessert das Klima“

Unter dieser Überschrift finden Sie auf der Internetseite des Zivilen Friedensdienstes zahlreiche Informationen, Interviews, Podcasts und vieles mehr rund um das Thema Klima und Frieden. Viel Spaß beim Stöbern!

www.ziviler-friedensdienst.org/klimakrise



Es gibt sie tatsächlich, die Nachrichten, die Freude und Mut machen und den Frieden in der Welt auf ihre jeweils ganz eigene Art ein bisschen wahrscheinlicher machen. Wir starten deshalb in dieser Ausgabe mit einer neuen Rubrik, in der wir solche Nachrichten sammeln. Gerne nehmen wir dafür auch Ihre Ideen und Impulse entgegen!

WAS UNS *Hoffnung* MACHT

KONTINUIERLICH WEITERENTWICKELT

Das forumZFD arbeitet in Krisenregionen mit lokalen Partnerorganisationen zusammen. Viele arbeiten unter schwierigsten Bedingungen. Ihre Erfolge sind alles andere als selbstverständlich, sondern Ergebnis mutigen, professionellen Engagements.

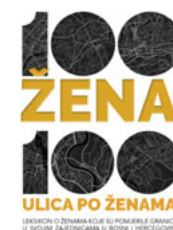
2018 gründeten Studierende auf den Philippinen die „Responsible Young Leaders Organisation“ (RYLO). Die „Verantwortungsvollen jungen Führungspersonen“ decken u. a. Falschmeldungen in den sozialen Medien auf und tragen damit zum Frieden in der tief gespaltenen, konfliktgeladenen Region bei. Von einer kleinen Initiative hat sich RYLO mittlerweile zu einer offiziell akkreditierten Organisation entwickelt.

Die Organisation „Seenaryo“ bietet Theater-Workshops für Kinder und Jugendliche im Libanon an. Im gemeinsamen Schauspiel verarbeiten die Kinder ihren schwierigen Alltag in einem von Korruption und Misswirtschaft gezeichneten Land. 2021 konnte Seenaryo 52 Theaterproduktionen auf die Beine stellen, doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Ihr großer Wunsch für 2022: ein Theaterstück inmitten einer helleren, hoffnungsvolleren Welt.

Illustrationen: © rawpixel.com, Freepik

ZUNEHMEND WEIBLICH

Die Leistungen, aber auch die Schicksale von Frauen erfahren meist viel weniger Würdigung als die von Männern. Dies kann einen dauerhaften Frieden innerhalb einer Gesellschaft verhindern. In Bosnien und Herzegowina startete im letzten Jahr die Kampagne „100 Frauen – 100 Straßen, die nach Frauen benannt sind“, unterstützt u. a. durch das forumZFD.



WELTWEIT KLIMAFREUNDLICH

Ein effektiver Klimaschutz braucht Frieden und umgekehrt. Davon sind weltweit immer mehr Menschen überzeugt. An ganz ungewöhnlichen Orten entstehen Initiativen, zum Beispiel mitten in der irakischen Wüste. Mehr dazu finden Sie im Buch „Die Klimakämpfer“, hrsg. von Marc Engelhardt, sowie auf unserer Internetseite unter: www.forumZFD.de/Irak-Lesung

AUSGEZEICHNET BEHARRLICH

Die ZFD-Partnerorganisation „Youth of Sumud“ („Jugend der Standhaftigkeit“) setzt sich friedlich für die Rechte der Palästinenser*innen in den südlichen Hebron-Hügeln ein, einem Gebiet, das vollständig unter israelischer Kontrolle steht. Sie dokumentieren Menschenrechtsverletzungen und machen mit Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit auf die angespannte Lage unter der Besatzung aufmerksam. An neutralen Stellen begleiten sie Kinder auf ihrem Schulweg und Hirt*innen auf ihren Weidewegen. In der zwischenzeitlich von Palästinenser*innen vollständig aufgegebenen Ortschaft Sarura haben sie mehrere historische Höhlen restauriert und bewohnbar gemacht. Nun wurden sie mit dem Award 2021 der renommierten irischen Organisation „Front Line Defenders“ ausgezeichnet.

ERSTMALS NACHGEWIESEN

Vor dem Oberlandesgericht (OLG) Koblenz endete im Januar der weltweit erste Strafprozess zur Staatsfolter in Syrien mit der Verurteilung beider Angeklagten. Mehr dazu lesen Sie in der Heftmitte auf den Seiten 14/15.

ENDLICH UMSETZBAR?

Die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP bekennt sich u. a. zu einem Rüstungsexportkontrollgesetz und einem Demokratieförderungsgesetz, beides langjährige Forderungen der deutschen Zivilgesellschaft. Mehr dazu lesen Sie auf den Seiten 6–9.

Mitmachen und gewinnen!

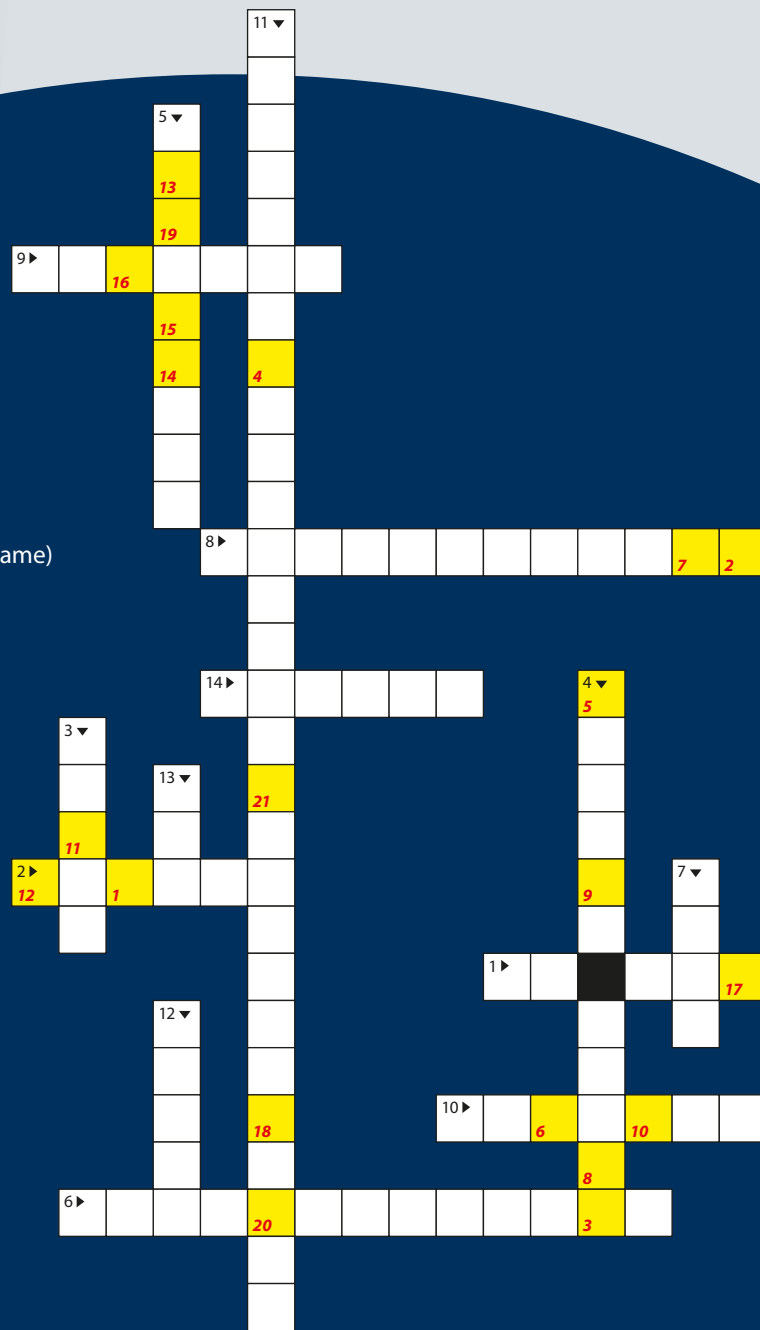


Senden Sie uns das Lösungswort des Rätsels bis zum 25.03.2022 zu. Sie nehmen dann automatisch an der Verlosung unseres **#friedenstarkmachen** T-Shirts teil. Bitte teilen Sie uns beim Zusenden des Lösungswortes die gewünschte Größe des T-Shirts (S, M, L) mit. Die drei Gewinner*innen erhalten dann jeweils ein rotes **#friedenstarkmachen** T-Shirt in passender Größe.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Rätselfragen:

1. Wann wird in NRW der neue Landtag gewählt?
2. Wie heißt die neue Bundesinnenministerin? (Nachname)
3. Aus welcher Stadt kommen zwei Preisträgerinnen des Aachener Friedenspreises 2021?
4. Französischer Künstler des Impressionismus
5. Aus welchem Land kommt der im Dezember verstorbene Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu?
6. Welches Amt hat Omid Nouripour bei den Grünen inne?
7. Projektland des forumZFD im Nahen Osten
8. Welchen Beruf übt die Friedensnobelpreisträgerin 2021 Maria Ressa aus?
9. Aus welchem Land, neben Deutschland, kamen die Teilnehmenden der European Summer School 2021?
10. Generalsekretär der SPD
11. Welches friedenspolitisch relevante Gesetz soll laut Koalitionsvertrag in dieser Legislaturperiode eingeführt werden?
12. In welchem Land findet im Nov./Dez. 2022 eine menschenrechtlich problematische Sportgroßveranstaltung statt?
13. Investitionen in welche Energieform plant die EU-Kommission als klimafreundlich einzustufen?
14. Hauptstadt von Nordmazedonien



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 26.03.2022 unter: www.forumZFD.de/raetsel

Cheburek

Ein Gruß von der Krim



Die Ukraine ist ein großes Land mit kulturell vielfältigen Regionen, die jeweils ihre eigene Küche haben. Ein solcher Teil der Ukraine ist die Halbinsel Krim, die derzeit von der Russischen Föderation besetzt ist und seit 2014 nicht mehr unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung steht.

Das einheimische Volk der Krim – die Krimtatar*innen (Qyrymly) – hat verschiedene Nationalgerichte. Das beliebteste Gericht ist Cheburek, das auch in Osteuropa, der Türkei und den Kaukasusregionen ein beliebtes Straßenessen ist. Der Name Cheburek leitet sich vom krimtatarischen Çiy Börek (Rohes Börek) ab und bezieht sich auf eine Familie von gebackenen oder frittierten Teigtaschen, die mit rohem Fleisch gefüllt und in Sonnenblumenöl frittiert werden.

Aziz Demirdzhaiev ist Projektkoordinator in der Ukraine. Er kommt von der Krim und stellt hier sein Cheburek-Hausrezept vor.



Menge: ca. 12 Stück

Zutaten:

Für den Teig:

- 400–500 g Mehl
- 200 ml warmes Wasser
- 1 TL Sonnenblumenöl
- 1 TL Salz

Für die Füllung:

- 400–500 g Rinderhackfleisch
- 1 große Zwiebel
- 150–200 ml Wasser
- Salz und Pfeffer zum Würzen

Zum Anbraten:

- 400–500 ml Sonnenblumenöl

Zubereitung:

Teig:

1. Salz und Wasser vermischen
2. Das Mehl sieben, dann Sonnenblumenöl und Salzwasser hinzugeben
3. Den Teig kneten, so dass er nicht zu fest wird
4. Teig in eine Tüte geben oder in Frischhaltefolie wickeln und 30 Minuten ruhen lassen

Füllung:

5. Zwiebel fein hacken
6. Zwiebel, Salz, Pfeffer und Wasser zum Hackfleisch geben und gut vermischen
7. Den Teig zu Kugeln von je 30–40 g formen, mit einem Handtuch abdecken und nochmals 5–7 Minuten ruhen lassen
8. Die Kugeln mit einem Nudelholz dünn ausrollen, so dass etwa 2–3 mm dicke Kreise entstehen
9. Die Füllung auf die eine Hälfte des Kreises geben (ca. 1 gehäufte EL für einen Cheburek)
10. Die andere Hälfte des Kreises über der Füllung umklappen und die überstehenden Ränder abschneiden
11. 400–500 ml Öl in eine Bratpfanne gießen und erhitzen
12. Die Cheburek im heißen Öl bei mittlerer Hitze ca. 1,5–2 Minuten pro Seite anbraten, bis sie goldbraun sind
13. Am besten schmecken Cheburek, wenn sie auf einem großen Teller für alle serviert werden und gemeinsam mit Familie, Freund*innen oder Kolleg*innen gegessen werden, während sie noch heiß sind

14. *Aş tatlı olsun!* (Guten Appetit!)

trand: © rawenergy, Pixabay

Spenden statt Geschenke

Im letzten Herbst stand bei mir ein runder Geburtstag an. Eigentlich lautete die Ansage: „Ich möchte keine Geschenke“ – zumal coronabedingt noch nicht mal eine große Feier stattfinden konnte. Doch dies mochte niemand so richtig akzeptieren. Was also tun?

Das hierzu entwickelte Online-Tool konnte ich für meinen Geburtstag super nutzen, denn:



Spenden ist darüber **einfach und unbürokratisch** möglich.



Mein gesetztes Spendenziel weckte bei Familie und Freund*innen eine Art **sportlichen Ehrgeiz**, sich am Erreichen des Ziels zu beteiligen. Die Kommentarfunktion verstärkte dieses Gemeinschaftsgefühl.



Neugierige, aber auch Unsichere konnten sich die Spendenhistorie anschauen und ein Gefühl dafür bekommen, was eine „angemessene“ Spende sein könnte.



Wer wollte, bekam eine **Zuwendungsbescheinigung**.

Vielleicht haben Sie unter Ihren Gästen ja auch aktivistisch motivierte Menschen? Diese können Ihre Geburtstagsaktion auch in ihrem eigenen Umfeld streuen, den Radius der Spender*innen damit erweitern und gleichzeitig auf die tolle Arbeit des forumZFD aufmerksam machen.

In meinem Freundes- und Familienkreis entfachte die Aktion eine so gute Resonanz, dass ich mein ursprüngliches Spendenziel (1 Euro für jedes Lebensjahr) nach wenigen Tagen sogar anpassen konnte – und selbst dieses nächste Ziel wurde noch übertroffen!

Insgesamt konnte ich innerhalb von drei Wochen 930 Euro für das forumZFD sammeln – „ein bisschen Frieden“ und ein tolles Gefühl zum Geburtstag.

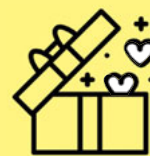
Ich kann eine solche Aktion nur wärmstens empfehlen!

TIPP: Ihre Spendenaktion im Internet

Sie haben auch etwas zu feiern, absolvieren demnächst einen Marathon oder haben eine andere tolle Idee für eine eigene Spendenaktion? Nutzen Sie hierzu gerne das Tool auf unserer Internetseite. Dort finden Sie Beispiele bisheriger Aktionen: www.forumZFD.de/spendenaktion

SPENDEN

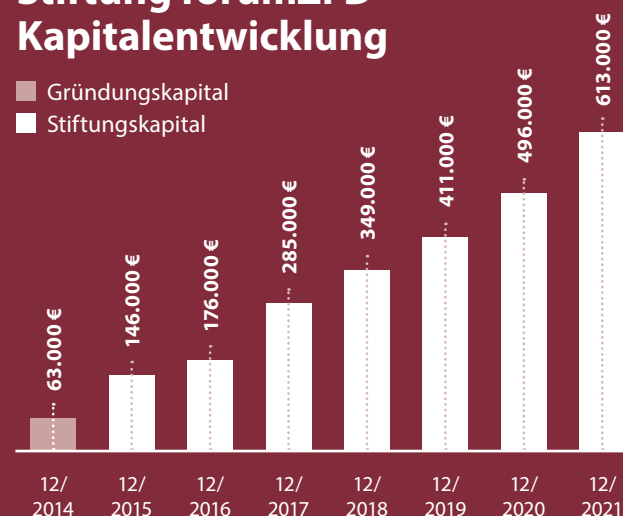
TIPP: Spenden statt Geschenke – ganz analog



Sie möchten um „Spenden statt Geschenke“ bitten, aber das Internet brauchen Sie dazu nicht? Selbstverständlich geht's auch ganz analog. In der Einladung an Ihre Gäste können Sie unser Spendenkonto angeben, zusammen mit einem Stichwort, das Sie vorab mit uns vereinbart haben. Dann können wir die eingehenden Spenden Ihrer Aktion zuordnen und Ihren Gästen auf Wunsch eine Zuwendungsbestätigung ausstellen. Nach Abschluss der Aktion informieren wir Sie selbstverständlich über die eingegangene Gesamtsumme.

Stiftung forumZFD Kapitalentwicklung

■ Gründungskapital
■ Stiftungskapital



Konto für Zustiftungen

GLS-Gemeinschaftsbank
IBAN DE30 3702 0500 0001 4123 00

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



forumZFD Spendenbarometer

Zielsetzung 2021: **568.000 €**
Stand 31.12.2021: **570.700 €**

Wir haben unser Ziel für 2021 erreicht! Danke!

Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/initiative-transparente-zivilgesellschaft



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

So können Sie das forumZFD unterstützen:

Regelmäßig spenden

Frieden braucht kontinuierliche Aufmerksamkeit und Pflege. Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) leisten Sie dazu einen entscheidenden Beitrag.

Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder, die mit uns gemeinsam das forumZFD und seine Arbeit stärken und weiterentwickeln. Der Beitrag liegt bei 180 Euro im Jahr (ermäßigt 90 Euro).

Spenden oder Stiften im großen Stil

Sie möchten einen größeren Betrag für den Frieden einsetzen? Gerne besprechen wir mit Ihnen, wie Sie dies besonders wirkungsvoll tun können.

Spenden statt Geschenke

Freudige, aber auch traurige Anlässe wecken häufig den Wunsch, im Familien- und Freundeskreis um Spenden für ein Herzensanliegen zu bitten. Wir unterstützen Sie gerne bei der Umsetzung.

Wir beraten Sie gerne

Bei Fragen rund um das Thema Spenden und Mitgliedschaft hilft Ihnen unsere Referentin für Spendenkommunikation weiter:



Petra Gramer

E-Mail: gramer@forumZFD.de

Telefon: 0221 – 91 27 32-32

Spendenkonto forumZFD e. V.

GLS-Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



*„Gewalt mit Gewalt bekämpfen heißt
neue Gewalt an die Stelle der alten setzen.“*

Leo Tolstoi (1828–1910), russischer Erzähler und Romanautor



forumZFD



Entschieden für Frieden

forumZFD

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00
BIC GENODEM1GLS